

# Mehr als falsch

Von Reiner Eichenberger — Das Loblied unserer Regierung und der Spitzenverbände auf die Personenfreizügigkeit ist unerträglich. Sie stecken in 21 Denkfallen fest und müssen dringend befreit werden.

Die hohe Zuwanderung bläht die Gesamtwirtschaft auf, lässt aber nicht unser Pro-Kopf-Einkommen wachsen. Das sagen die ökonomische Logik und die bisherigen Studien. Doch die Zuwanderung hat noch viel wichtigere Folgen. Sie bringt eine Verknappung der natürlich oder politisch fixierten Faktoren wie Boden, Infrastruktur oder städtische Parkplätze, erschwert die Einhaltung vertraglich festgelegter Gesamtmengen an Treibhausgasemissionen usw. Dadurch steigen die Wohn-, Energie-, Infrastruktur- und Verkehrskosten und die Lebenshaltungskosten, wodurch das Niveau unseres realen Wohlstands auf dasjenige in der EU sinkt.

Wenn die Zuwanderung unseren Wohlstand mehren würde, würden dadurch zusätzliche Zuwanderer angezogen, und die Schweiz würde noch schneller an ihre Kapazitätsgrenzen stossen. Da dem nicht so ist, entsteht ein Wanderungsgleichgewicht: Der reale Wohlstand in der Schweiz wird dereinst nur noch um die Wanderungskosten über dem Wohlstand in der EU liegen.

Tatsächlich ist unsere Welt voller solcher Wanderungsgleichgewichte. So ist Zug ein besonders attraktiver Standort mit vielen Vorteilen. Das Gleiche trifft für Grossregionen wie München zu, das in vielerlei Hinsicht sehr attraktiv ist. Aber warum ziehen nicht viel mehr Leute nach Zug oder München? Einfach darum, weil die Boden- und Mietpreise und all die anderen natürlichen Knappheiten die Vorteile praktisch vollständig kompensieren.

Die Verlierer der Personenfreizügigkeit sind die bisherigen Arbeitnehmer. Die Gewinner sind diejenigen, die mehr Immobilien besitzen, als sie zum Eigenbedarf benötigen. Damit ist die Personenfreizügigkeit ein gigantisches Umverteilungsprogramm. Wirklich ärgerlich ist jedoch, dass unsere Regierung und unsere Spitzenverbände nicht auf die so offensichtlichen Probleme eingehen. Das tun sie nicht nur aus Eigeninteresse nicht, sondern weil sie in den folgenden Denkfallen stecken.

**Denkfalle 1** — «Die Schweiz ist auf die vielen Zuwanderer angewiesen.» Das stimmt für einzelne Berufe, etwa gute Universitätsprofessoren. In vielen Bereichen aber sind Schweizer gerade wegen des hohen Ausländeranteils knapp. So sind heute über ein Drittel der Ärzte Ausländer. Das ist bei einem Ausländeranteil in der Bevölkerung und damit wohl auch bei den Patienten von 25 Prozent nur natürlich.

Die Schweizer sind in vielen Bereichen aus ausbildungsbedingten, rechtlichen oder sprachlichen Gründen übervertreten, etwa bei den Anwälten, hohen Verwaltungsstellen, der Polizei oder der Kleinkindererziehung. Folglich müssen sie in all den anderen Bereichen, in denen sie keine speziellen Vorteile haben, untervertreten sein.

**Denkfalle 2** — «Die Zuwanderung hilft, vakante Stellen zu besetzen.» Falsch. Die Möglichkeit, Vakanzen einfacher oder billiger zu füllen, zieht neue Investitionen und Firmen an. Diese stellen aber auch Leute an, die sonst bei anderen Firmen gearbeitet hätten. Dadurch erhöht sich die Personalknappheit wieder auf das alte Niveau. Zugleich schafft die Zuwanderung neue Nachfrage, was wiederum Lücken und damit «Bedarf» nach neuer Zuwanderung schafft. So müssen für all die Zuwanderer Wohnungen gebaut werden. Das schafft viele Arbeitsplätze – grossenteils für neue Zuwanderer.

**Denkfalle 3** — «Freihandel ist gut, darum muss auch Personenfreizügigkeit gut sein.» Falsch. Freier Import von Gütern und Dienstleistungen erhöht das gesamtwirtschaftliche Einkommen bei konstanter Einwohnerzahl und so das Pro-Kopf-Einkommen. Freier «Import von Personen» erhöht das gesamtwirtschaftliche Einkommen bei steigender Einwohnerzahl. Da das Gesamteinkommen bestenfalls proportional zur Bevölkerung wächst, nimmt das Pro-Kopf-Einkommen nicht zu.

**Denkfalle 4** — «Die Zuwanderer sind höher qualifiziert als die Schweizer.» Falsch. Verglichen mit gleichaltrigen Schweizern ist schon der formale Qualifikationsvorsprung höchstens klein. Zudem kommt heute die Zuwanderung wieder mehrheitlich aus den Südländern, wo die formalen die realen Qualifikationen oft übertreffen. Zudem haben hochqualifizierte Zuwanderer eine kürzere Verweildauer in der Schweiz als niedrigqualifizierte, wie eine vom Bund bezahlte Studie der Basler Ökonomen George Sheldon und Dominique Cueni zeigt. Bisher hat der Bund nur die Qualifikation der Brutto- und nicht die der Nettozuwanderung gemessen.

**Denkfalle 5** — «Die Zuwanderer bringen fiskalische Überschüsse, weil sie mehr Steu-

ern und Abgaben bezahlen, als sie vom Staat Leistungen beziehen.» Das stimmt nur unter sehr speziellen Bedingungen. Sobald Zuwanderer Kinder in der öffentlichen Schule haben, müssen sie sehr gut verdienen oder sehr lange bleiben, bis es sich für die Schweiz lohnt. Wie eine weitere vom Bund bezahlte Studie von George Sheldon und Nathalie Ramel zeigt, bringt die Zuwanderung beim heutigen Rückwandlerverhalten längerfristig keinen fiskalischen Überschuss, weil gutqualifizierte Zuwanderer öfter und schneller zurückwandern als geringqualifizierte.

**Denkfalle 6** — «Zuwanderer stabilisieren unsere Sozialwerke. Ausländer zahlen mehr in die AHV ein, als sie beziehen.» Diese stereotype Behauptung des Bundesrats ist mehr als falsch. Viele Zuwanderer sind bis ins AHV-Alter eingebürgert. Deshalb werden ihre Bezüge den Schweizern zugerechnet.

**Denkfalle 7** — «Die Zuwanderung reguliert sich von selbst. Zuwanderer kommen nur, solange neue Stellen geschaffen werden.» Falsch. Die Zahl offener Stellen wird weit weniger vom Zuwachs von Arbeitsplätzen als von der natürlichen Fluktuation durch Jobwechsel und Pensionierungen geprägt. So werden auch in schlechten Zeiten jährlich 400 000 Stellen frei, und die Zuwanderung wird dann kaum abnehmen.

**Denkfalle 8** — «Die Zuwanderung nimmt ab, wenn die Einkommensunterschiede in Europa sinken.» Stimmt, aber erst wenn sich unser realer Wohlstand dem EU-Niveau angeglichen hat. Die ärmeren EU-Länder werden angesichts ihrer riesigen Probleme und ungenügenden Institutionen nicht schnell reich werden. Zudem nimmt die EU immer wieder wirtschaftlich schwache Staaten auf, und immer mehr EU-Mitgliedsländer verteilen immer mehr Pässe an Menschen aus Nicht-EU-Ländern.

**Denkfalle 9** — «Die Zuwanderung hat die Schweizer Wirtschaft in der Krise stabilisiert.» Falsch. Fast alle Länder wie Deutschland, Österreich und die skandinavischen Staaten, die einigermassen gesund in die Finanz- und Weltwirtschaftskrise geraten sind, haben sie gut überstanden, trotz weit tieferer Nettozuwanderung. Die Ausnahmen sind die früheren Wachstumswunder Spanien und



Bedrohte Scholle.

Irland. Sie strauchelten nach dem Platzen ihrer Immobilienblasen – die grossenteils durch die frühere, hohe Zuwanderung in diese Länder getrieben waren.

**Denkfalle 10** — «Gemäss einer neuen Studie des Arbeitgeberverbandes hat die Zuwanderung das Pro-Kopf-Einkommen doch gesteigert». Falsch. Diese Studie findet nur bis 2009 positive Effekte, aber nicht für die Jahre danach. Da die Zuwanderer 2007/08 tatsächlich besonders gut qualifiziert waren, haben sie natürlich das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen gesteigert. Nur: Die produktiven Zuwanderer beziehen auch entsprechend höhere Löhne. Die von den bisherigen Einwohnern erarbeitete Wertschöpfung und ihr

Pro-Kopf-Einkommen bleiben hingegen unverändert.

**Denkfalle 11** — «Nicht die Zuwanderung hat zu-, die Abwanderung hat abgenommen.» Auch diese Behauptung entspringt der vom Arbeitgeberverband bezahlten Studie. Sie betrachtet «...alle Ein- und Auswanderungen, auch diejenigen von Kurzaufenthaltern mit einer Aufenthaltsbewilligung von weniger als einem Jahr». Das ist Unfug. Denn ein Kurzaufenthalter bleibt ein paar Monate, ein Langzeitaufenthalter aber viele Jahre und braucht deshalb ein Vielfaches an Wohnraum und Infrastruktur. Aber der Trick wirkt: Unter Personenfreizügigkeit ersetzt ein Langzeitaufenthalter viele Kurzaufenthalter. Deshalb lässt sie

die Zahl der Ein- und Auswanderungen von Kurzaufhaltern sinken. Wenn man diese abnehmende Zahlenreihe zur steigenden Zuwanderung und etwa konstanten Auswanderung von Langzeitaufhaltern addiert, resultiert eine etwa konstante Gesamtzuwanderung und eine sinkende Gesamtabwanderung.

**Denkfalle 12** — «Die Zuwanderung hat keine negativen Wirkungen, weil die Schweizer Arbeitsbedingungen und Löhne stets eingehalten werden müssen.» Falsch. Entscheidend ist, wie sich die Zuwanderung auf die Entwicklung der Schweizer Arbeitsbedingungen und Löhne auswirkt. Natürlich werden in manchen Bereichen die vertraglich festgeleg-

ten Löhne durch den Wettbewerbsdruck sinken oder zumindest nicht weiter steigen, wovon aber die Auftraggeber und die anderen Beschäftigten profitieren.

**Denkfalle 13** — «Es gibt kaum Zuwanderung in die Arbeitslosenkasse oder die Sozialhilfe.» Wohl richtig, aber nicht wichtig. Heute ist die Arbeitslosen- und Sozialhilfequote unter Ausländern viel höher als unter Schweizern. Dafür sind nicht Neuzuwanderer, sondern vor einigen Jahren Zugewanderte «verantwortlich». Aber: Diese waren seinerzeit auch nicht als Arbeitslose oder Sozialhilfebezüger zugewandert, sondern in den Arbeitsmarkt. Entscheidend ist deshalb, ob es den Neuzuwanderern dereinst nicht ähnlich ergehen wird. Da sich die aktuelle Zuwanderung wieder stärker hin zu den traditionellen Rekrutierungsländern verschiebt und die Qualifikationsniveaus real nicht mehr die Werte von 2007 erreichen dürften, sind zumindest Zweifel daran angebracht, dass einmal entlassene Neuzuwanderer gleich schnell wie Einheimische wieder eine Arbeit finden.

**Denkfalle 14** — «Die Mieten sind trotz Zuwanderung nicht stark gestiegen.» Falsch. Die Altmieten können infolge vielfältiger Regulierungen nur langsam auf den Nachfrage- druck reagieren. Bei den Neuvermietungen ist der Preisanstieg aber sehr hoch. Zudem hat das tiefe Zinsniveau die Mieten gedrückt. Sobald es auf das «Normalniveau» zurückgeht, werden die Mieten explodieren.

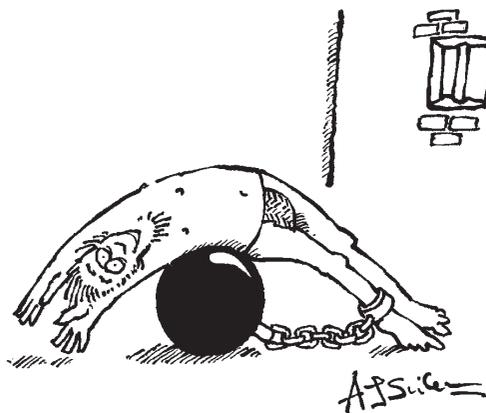
**Denkfalle 15** — «Die Bodenknappheit kann durch innere Verdichtung überwunden werden.» Falsch. Die Bodenknappheit ist eine natürliche Bremse für Zuwanderung, die wenigstens den Landbesitzern nützt. Die innere Verdichtung bringt einen kurzfristigen Aufschub der Bodenknappheit und setzt so die Bodenpreise als Zuwanderungsbremse ausser Kraft. Deshalb schafft sie längerfristig nur noch grössere Probleme und bewirkt, dass die Schweiz an all den anderen Knappheiten anstossen wird, was dann nicht einmal den Bodenbesitzern nützt.

**Denkfalle 16** — «Die Zuwanderung bringt riesige Bodenwertgewinne, diese können umverteilt werden.» Schön wär's. Die Bodenbesteuerung trifft grossenteils Eigenheimbesitzer, die von der zuwanderungsgetriebenen Wertsteigerung nichts haben ausser eben mehr Steuern. Wenn die Immobilienwertsteigerungen durch Liegenschaftssteuern abgeschöpft werden und dafür andere Steuern gesenkt werden, zieht das zusätzliche Zuwanderung an. Dadurch würden die Immobilienwerte zunehmen und würde die Steuerzahlung praktisch an die Hausbesitzer zurückgegeben.

**Denkfalle 17** — «Das Bevölkerungswachstum kann gut durch den gezielten Ausbau der Infrastruktur aufgefangen werden.» Falsch. Der Ausbau der Infrastruktur ist mit überproportionalen Kostensteigerungen verbunden. Zudem drohen teure Fehler. Wie die Erfahrung aus den 1960er und 1970er Jahren lehrt, wird oft das Falsche am falschen Ort gebaut. Infolge der grossen Unsicherheit über die Zuwanderung bei Personenfreizügigkeit sind krasse Über- und Unterinvestitionen programmiert.

**Denkfalle 18** — «Zur Verhinderung von Lohndruck sollen als flankierende Massnahme Mindestlöhne eingeführt werden.» Falsch. Hohe gesetzliche Mindestlöhne machen die Schweiz für Zuwanderer nur noch attraktiver und ziehen so zusätzliche Zuwanderer an, die dann die besonders schlecht qualifizierten einheimischen Arbeitnehmer zu verdrängen drohen. Zudem werden die Lohnvorschriften wenigstens teilweise umgangen. Da es für Zuwanderer zumeist einfacher ist, die Vorschriften durch Scheinselbständigkeit und andere Konstrukte zu umgehen, sind all die Lohnvorschriften ein gefährlicher Bumerang für die einheimischen Arbeitskräfte.

**Denkfalle 19** — «Zur Verhinderung negativer Auswirkungen der Zuwanderung auf den Wohnmarkt braucht es Höchstmieten und mehr sozialen Wohnungsbau.» Falsch. Diese Massnahmen sind teuer und heizen die Übernutzung des knappen Wohnraums nur noch an. Zum einen bewirken sie eine Ausdehnung der Nachfrage, weil sich so die einheimische Bevölkerung mehr Wohnraum leisten will und die Schweiz für Neuzuziehende noch attraktiver wird. Zugleich machen sie die Mieter immobil, weil sie beim Umzug in andere Wohnungen oft ihre ersessenen Privilegien verlieren. Zum anderen bewirken sie eine Verknappung des Wohnraumangebots, weil sie die Anreize der Investoren senken, neuen Wohnraum bereitzustellen und den alten gut zu unterhalten. Zudem machen sie die Schweiz für unqualifizierte Zuwanderer attraktiver, solange diese bei der Zuteilung des



Gefängnis-Pilates

subventionierten Wohnraums nicht diskriminiert werden.

**Denkfalle 20** — «Die Nachfrage der Wirtschaft nach Arbeitskräften könnte statt mit Zuwanderern dadurch gestillt werden, dass die Frauen und Alten besser in den Arbeitsmarkt integriert werden.» Falsch: Die verstärkte Arbeitsmarktintegration der Frauen und Alten reiss da neue Lücken, wo diese Personen bisher gewirkt haben. Beispielsweise muss dann die Kinderbetreuung vermehrt ausser Haus organisiert werden, wozu es wiederum zusätzliche Arbeitskräfte und damit Zuwanderer braucht. Zudem bringt die Mehrarbeit den Frauen und Alten Mehreinkommen, was wiederum Mehrausgaben und zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskräften und damit zusätzliche Zuwanderung bringt.

**Denkfalle 21** — «Die Wirtschaft ist dafür, also muss die Zuwanderung doch gut sein.» Falsch. In der Schweizer Wirtschaft gibt es viele echte und vermeintliche Zuwanderungsgewinner. Viele Manager sehen nur die einfache und günstige Möglichkeit, Zuwanderer zu rekrutieren, wohingegen sie die aufblähungsbedingte Anspannung auf dem Arbeitsmarkt nicht der Personenfreizügigkeit zurechnen. Manche Manager leben auch von der Aufblähung der Wirtschaft durch die Zuwanderung. Das gilt insbesondere für stark auf den Schweizer Markt ausgerichtete und eher stagnierende Firmen. So hat eine grosse Detailhandelskette im letzten Jahr ein Umsatzwachstum von 0,3 Prozent erzielt. Ohne das Bevölkerungswachstum von gut einem Prozent wäre der Umsatz wohl geschrumpft, was für manchen Manager unliebsame Konsequenzen gehabt hätte.

Vorsicht! All das Gesagte soll ökonomisch richtig, nicht politisch korrekt sein. Für die bisherigen Einwohner der Schweiz ist die Zuwanderung aufgrund der Personenfreizügigkeit weit weniger vorteilhaft, als es unsere Regierung stereotyp behauptet. Aus gesamt-europäischer Sicht ist die Personenfreizügigkeit hingegen eine grossartige Sache. So wie bei der Gründung der modernen Schweiz 1848 die Einführung der Niederlassungsfreiheit innerhalb der Schweiz den Schweizern insgesamt grosse Vorteile gebracht hat – aber nicht unbedingt den Regionen mit der grössten Zuwanderung –, so bringt heute die Personenfreizügigkeit den Europäern insgesamt grosse Vorteile. Der Königsweg für die Schweiz besteht deshalb darin, den Arbeitsmarkt nicht nur für EU-Bürger, sondern international zu öffnen und dann die grossen Wanderungsgewinne durch geeignete Massnahmen zugunsten der bisherigen Bewohner der Schweiz umzuverteilen.

Reiner Eichenberger ist Ordinarius für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg.